

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 34 (1954-1955)

Heft: 6

Rubrik: Stimmen der Weltpresse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

STIMMEN DER WELTPRESSE

Der repräsentativen Labourdelegation, die unter Führung von Attlee das neue China besucht, wird man vermutlich alle Errungenschaften des neuen Regimes zeigen, die in England schon durch glänzende und freigiebig verteilte Propagandaschriften zur Genüge bekannt sind. In dem ausgezeichneten, an erster Stelle veröffentlichten Artikel, *What to see in China*, gibt *The Economist* in seiner Nummer vom 7. August der Hoffnung Ausdruck, die Delegation möge daneben auch einige andere Tatsachen beachten, die von der chinesischen Propaganda nicht breitgeschlagen werden. Er erwähnt z. B. die oberste Staatsanwaltschaft, die mit einem ausgedehnten Apparat alle Straffälle wegen Verletzung der Arbeitsdisziplin oder «Sabotage» kontrolliert. Von den 22 Artikeln des neuen Statuts für Arbeitsdisziplin enthalten 8 Artikel Strafbestimmungen, die für Zuspätkommen und Müßiggang freigiebig angewendet werden. Die Arbeiter müssen sich für Fehler und Irrtümer öffentlich entschuldigen. Bei mangelhafter Arbeit wird ihr Lohn bis um einen Drittel gekürzt. Eine ausgesprochene Strafe wird trotz Appellation sofort vollzogen, ohne den Entscheid der höheren Instanz abzuwarten. Ein Streikrecht besteht in China nicht. Die Aufwendungen für soziale und kulturelle Zwecke, für Erziehung und Volksgesundheit erreichen in dem im Juni veröffentlichten Voranschlag nur zwei Drittel der für Rüstungen offiziell bekanntgegebenen Aufwendungen, «in a country where soldiers come cheap». Das größte Verdienst des Führers des chinesischen Friedenskomitees, Kuo Mo-jo, besteht darin, daß er die erheblichen Mittel für den Ankauf russischer MIG-Jäger und russischer Waffen aufgebracht hat. «People's Daily», die führende Zeitung Pekings, schrieb am 24. Juli, der Aufbau moderner Streitkräfte sei nicht möglich ohne eine Schwerindustrie. Zu diesem Zweck wünscht denn auch China die Lieferung schwerer englischer Ma-

schinen und läßt durch seine Handelsmission in England die Nachricht verbreiten, der Handel zwischen den beiden Ländern könnte bei Aufhebung der strategischen Kontrolle einen jährlichen Wert von 100 Millionen Pfund erreichen. — Für die Friedensliebe des Regimes ist es kennzeichnend, daß der Oberbefehlshaber Chinas, Chuh Teh, am Armeetag die baldige Befreiung Formosas versprach, wozu «People's Daily» am 23. Juli erklärte, das mächtige chinesische Volk werde nicht ruhen, bis dieses Ziel erreicht sei. Die Zeitschrift «People's China» proklamiert in ihrer Juliausgabe die Schutzherrschaft des Regimes Mao Tse-tungs über die Millionen von Chinesen in Siam, Burma, Indonesien und Malaja, die von den früheren Regierungen vernachlässigt worden seien.

Die offiziöse, in französischer Sprache erscheinende, älteste Tageszeitung Athens, *Le Messager d'Athènes*, publizierte in ihrer Nummer vom 28. Mai einen Bericht über die *chinesische Armee*, dem wir folgende Angaben entnehmen: «Die durch den koreanischen Krieg erfolgte Entwicklung der Militärmacht Chinas bildet wahrscheinlich für Asien das wichtigste Ereignis der letzten Jahre. Die rotchinesische Armee umfaßt gegenwärtig 800 000 mit modernen Waffen ausgebildete Soldaten in Korea, 1,7 Mio noch schlecht ausgerüstete Streitkräfte in China selbst und dazu noch 700 000 Mann, die in besonderen Sicherheitsdivisionen zusammengefaßt sind. Die Luftwaffe umfaßt 1850 Maschinen, von denen beinahe 1000 Düsenjäger sind. Wenn die UdSSR fortfährt, Rotchina in der Weise mit militärischer Ausrüstung zu beliefern, wie es im chinesisch-sowjetischen Vertrag von 1953 vorgesehen ist, wird die rotchinesische Armee in zwei Jahren über 170 moderne Divisionen zu je 10 000 Mann verfügen sowie über 3500 Düsenjäger. Das Vorhandensein einer solch

starken Streitmacht wird das Gleichgewicht in Asien völlig zugunsten der chinesischen Kommunisten verändern.» — Das Blatt bringt anschließend Auszüge eines in der «Saturday Evening Post» erschienenen Berichtes von Joseph Alsop, der kürzlich alle an China grenzenden Länder besucht hat. Alsop vertritt die Auffassung, das Abrüstungsprogramm Truman-Johnson von 1949/1950 habe für den Kreml die unwiderstehliche Versuchung ausgelöst, die Aggression in Korea vorzunehmen. Obgleich er sich in Washington an bestunterrichteter Stelle habe orientieren lassen, sei er für seine im Laufe seiner Reise erfolgten Feststellungen völlig unvorbereitet gewesen. Alsop schildert sodann in lebhaften Farben den tiefen Eindruck, welchen die militärische Entwicklung Chinas auf die maßgebenden, in Japan stationierten militärischen Persönlichkeiten mache und sieht entsprechende umwälzende Folgen für ganz Asien voraus.

Die kürzlich erfolgte Unterzeichnung einer Militärrallianz zwischen der Türkei, Griechenland und Jugoslawien ruft erneut der Frage nach dem Charakter des jugoslawischen Kommunismus. Der stets gut orientierte und weitblickende *Rheinische Merkur* gab in seiner Nummer vom 6. August einen Bericht eines Korrespondenten aus Wien Raum, in dem an Hand einer Reihe einleuchtender Beispiele nachgewiesen wird, daß «nur die glänzende Seite dem Westen zugewendet wird» und «sonst der jugoslawische Kommunismus nicht besser ist als der sowjetische». Wir lesen daher am Schlusse des Berichtes, der durchschnittliche Einwohner Jugoslawiens sei überzeugt, «daß Tito und Moskau im Grunde genommen ein und dasselbe sind, und diese Überzeugung läßt er sich von niemandem nehmen».

Es entsprach bisher der Politik der Moskauer Regierung, den in ihrem Machtbereich organisierten Kirchen die Beteiligung an der ökumenischen Bewegung zu verbieten, wobei es den kommunistischen Machthabern vor allem darum ging, unerwünschte westliche Einflüsse

fernzuhalten. Sie beschränkten sich darauf, einflußreiche kirchliche Persönlichkeiten des Westens für eine freundlichere Haltung gegenüber dem bolschewistischen Experiment zu gewinnen. Ihre Taktik bestand namentlich darin, prominente Kirchenleute, die das soziale und wirtschaftliche kommunistische Programm mit einem Optimismus beurteilen, nach Sowjetrußland einzuladen und dafür zu sorgen, daß die Gäste mit möglichst guten Eindrücken nach Hause zurückkehrten. — Einem Bericht der von *Free Europe Press (New York)* herausgegebenen *News from Hungry* vom 17. April 1954 ist zu entnehmen, daß Moskau neuestens einen Schritt weitergegangen ist, um westliche kirchliche Kreise für sich zu gewinnen. Unter dem Titel *Der ungarische Protestantismus vermittelt zwischen den Kirchen des Ostens und des Westens* führt der Bericht aus, die ökumenische Bewegung habe von Anfang an damit gerechnet, die orientalisch-orthodoxe Kirche werde sich ihr anschließen, was bisher, offensichtlich auf ausdrücklichen Befehl Moskaus, nicht geschehen sei. Mit der Regierung Malenkows scheine sich nun eine Annäherung in diesem Sinne anzubahnen, wobei die ungarische reformierte Kirche als Vermittlerin zwischen Ost und West auftrete. Nachdem in den letzten Monaten eine Reihe von Besprechungen in Ungarn vorausgegangen waren (Bischof Bell, Vorsitzender des Weltkirchenrates, Generalsekretär Visser't Hooft, Niemöller, Professor Hromatka, der russische Metropolit Nikolaj), folgte an der Dekanatskonferenz im Februar eine öffentliche Kundgebung der reformierten ungarischen Kirche. Ladislaus Pap, Dekan der theologischen Akademie in Budapest, erklärte, daß «von den christlichen Kirchen Osteuropas die ungarische reformierte Kirche die lebhafteste Verbindung mit der Christenheit der ganzen Welt pflegt». «Gott kann unsere Kirche auch dazu gebrauchen — und sie muß infolge ihrer geographischen Lage diesen Auftrag unbedingt annehmen —, daß sie zwischen den Kirchen des Ostens und des Westens, zwischen der Orthodoxie und dem Weltrat

der Kirchen als Bindeglied diene.» Bischof Johann Swéter ging noch weiter und erklärte: «Der Weltrat der Kirchen brachte in diesem Jahre auf viele Weise zum Ausdruck, daß er sich freuen würde, wenn in der ökumenischen Gemeinschaft die Vertretung der orthodoxen Kirche einen größeren Platz einnehmen würde.» («Az Ut» 14.—20. März 1954.) — Es erübrigts sich, zu bemerken, daß Moskau den Anschluß der orthodoxen Kirche an die ökumenische Bewegung nicht begünstigt, um die christliche Einheit zu fördern. Der Versuch muß vielmehr als Teil der neuen Malenkowschen Friedenspropaganda angesehen werden, die das Mißtrauen des Westens beseitigen und beweisen soll, daß in Osteuropa Religionsfreiheit herrsche. Ein anderes, weit gestecktes Ziel kann die alte großrussische Idee sein, die Vereinigung der ganzen östlichen Orthodoxie unter der Führung Moskaus mit Hilfe des Weltrates der Kirchen zu verwirklichen.

Unter dem Titel *McCarthy und die Katholiken* berichtet die *Herder-Korrespondenz Orbis Catholicus* in Heft 10, Jahrgang VIII: «Die Verschiedenheit der katholischen Meinungen über McCarthy hat in letzter Zeit eine dramatische und ein wenig peinliche Zuspritzung dadurch erfahren, daß zwei der populärsten Mitglieder des Episkopates, Kardinal Spellmann und Weihbischof Sheil von Chicago, der letztere ein Mann von sehr großem Ansehen in sozialen Fragen, in entgegengesetzter Weise dazu öffentlich Stellung nahmen... Gegen Ende des letzten Jahres hatte Kardinal Spellmann die Untersuchungen des Kongreßausschusses für unamerikanische Umrübe entschieden verteidigt... Er danke Gott, daß die Untersuchungen begonnen wurden...» Allerdings hat er im April, als er gegen seine Gewohnheit zu einem Kommunionsfrühstück von 6000 katholischen Polizisten erschien, bei dem McCarthy die Gefahr kommunistischer Infiltration in amerikanische Behörden schilderte, nach einer Anerkennung der persönlichen Hingabe McCarthys erklärt: «Ich wünsche zu

sagen, daß ich nicht nur gegen die Kommunisten, sondern auch gegen die kommunistischen Methoden bin.» Er lehnte es ab, diese kurze Äußerung näher zu erläutern.

Bischof Sheil hatte vor 2500 Mitgliedern der Automobilarbeitergewerkschaft in der CIO im Hinblick auf McCarthy erklärt, «seine Methode führe dahin, daß die Amerikaner das Vertrauen zu allen Institutionen ihrer Gesellschaft und zu jedem einzelnen Bürger verlieren müßten... Die Kirche... müsse gegenüber Lügen, Verleumdungen, Lieblosigkeiten und berechnender Täuschung Stellung nehmen». Bischof Sheil sprach ausdrücklich nicht als Amtsträger, sondern in seiner Eigenschaft als Bürger. Der Präsident der Internationalen Catholic Truth Society, Pfarrer Curran, rief Bischof Sheil wegen seines «grundlosen und lieblosen Angriffs» auf McCarthy öffentlich zur Ordnung, indem er darauf hinwies, daß dies ohne Verletzung der kirchlichen Disziplin geschehe, da der Bischof als Bürger gesprochen habe. — «Es gibt Stimmen von nichtkatholischen Gegnern dieses Senators, die ihn als den Propheten des politischen Katholizismus bezeichnen, es gibt eine katholische Strömung, die ihn schon deshalb unterstützt, weil er Katholik ist, und es gibt unter den besonnenen Katholiken solche, die sein Vorgehen weitgehend billigen und andere, die es politisch unklug und sogar moralisch anfechtbar finden... Seine Gegner fürchten, daß er... einer Geistesdiktatur die Wege bereitet, die eines Tages auch politische Formen finden kann... So wird die Person McCarthys mehr und mehr zum Probefall einer Auseinandersetzung über die geistigen Grundlagen der amerikanischen Nation...» — Die katholische Zeitschrift «The Commonweal» hat am Schluß einer gegen den Senator gerichteten Auseinandersetzung scharf herausgestellt, «daß es eine verbindliche katholische Auffassung der Parteinahme im Falle McCarthy nicht gibt».

Die Ausführungen von A. L. Ratcliffe über *Stützpunkte — ein politisches*

und militärisches Problem in der Wehrwissenschaftlichen Rundschau (Darmstadt, Heft 12/1953), verdienen eine nachträgliche Würdigung. — Der Erwerb von Außenposten ist keineswegs eine Folge der jüngsten politischen Entwicklung. Schon in früheren Jahrhunderten entstand das Bedürfnis der seefahrenden Nationen nach gesicherten Anlaufpunkten für ihre Segelschiffe zur Ergänzung von Frischwasser und Proviant. An ihre Stelle traten später Kohlenstationen für die Dampfschiffe und gesicherte Liegeplätze für moderne Geschwader in fremden Gewässern. Vor ähnlichen Schwierigkeiten wie die Marine steht heute die Luftwaffe bei der Einrichtung von Stützpunkten außerhalb der eigenen Landesgrenzen. Einrichtung und Betrieb von Stützpunkten im Ausland ergeben neben politischen und völkerrechtlichen Problemen auch eine Fülle von Fragen wirtschaftlicher und juristischer Natur. Ein großer Teil dieser Probleme fällt dahin, wenn sich ein Staat bei der Einrichtung strategischer Außenposten auf eigene Kolonien stützen kann. Dies trifft weder für die Sowjetunion noch für die USA zu. — Die Sowjetunion hat sich durch Einbeziehung der sog. Volksdemokratien in ihren militärischen Machtbereich vor ihrer Westgrenze ein strategisches Vorfeld größten Ausmaßes geschaffen. In Albanien scheint die Sowjetunion angesichts der isolierten Lage keine erheblichen Mittel investieren zu wollen. Um so größere Bedeutung ist der russischen Aktivität auf Spitzbergen beizumessen. Eine speziell sowjetische Abart strategischer Außenposten bilden die sog. 5. Kolonnen mit ihrer Taktik des trojanischen Pferdes. — Großbritannien hatte bisher seine größte strategische Basis am Suezkanal, wo die Schlagadern des Commonwealth verlaufen. Auf der Drehscheibe zwischen den drei alten Kontinenten bildete die Suezkanalstellung die Operationsbasis für alle Eventualitäten im Nahen und Mittleren Osten wie in Nordafrika. In Tobruk schafft sich England einen Ersatz für Alexandrien. Durch Militärverträge mit Irak und Jordanien hat sich England auch Luftstützpunkte am Eu-

phrat und Jordan gesichert. — Die USA unterhalten ein weltweites System vorgeschoener Stützpunkte als vorderste amerikanische Verteidigungslinie gegen einen potentiellen russischen Angriff. Sie gliedern sich in drei Abwehrfronten im Nördlichen Eismeer, im Stillen Ozean und im atlantischen Raum. Der gemeinsame Verteidigungsbereich der USA und Canadas erstreckt sich von Alaska quer durch den amerikanischen Kontinent nach Grönland und Island. Die nördlichsten Radar- und Wetterstationen befinden sich auf Eisinseln unweit des Nordpols und wenige Flugstunden von gleichartigen russischen Vorposten entfernt. Im Stillen Ozean erstreckt sich die Kette der vorgeschobenen Stützpunkte von Alaska über die Aléuten nach Japan und Korea. Sie setzt sich über Okinawa und Formosa bis zu den Philippinen fort und findet ihren strategischen Rückhalt im ANZUS-Pakt, der Australien und Neuseeland mit Amerika zu gemeinsamer Verteidigung verbindet. Im atlantischen Raum besitzen die USA ihre größte Basis in den rund 30 Luftstützpunkten in England. Von größter Bedeutung für den Nachschub amerikanischer Luftstreitkräfte in Europa ist ferner die Basis auf der portugiesischen Azoreninsel Terceira, mit ihrem Gegenstück auf den Bermudas. Seit 1950 ist eine Operations- und Nachschubbasis größten Ausmaßes in Marokko geschaffen worden, mit Fortsetzung in Stützpunkten in Libyen, Kreta und Griechenland. Der Vertrag von Madrid ergänzt dieses System durch Luft- und Marinestützpunkte auf der Pyrenäenhalbinsel.

Die amerikanischen Frauenorganisationen veröffentlichten interessante Angaben über die *Stellung der berufstätigen Frau in den USA*¹⁾. In der Regierung Eisenhower steht eine Frau mit

¹⁾ The Status of Women in the United States 1953. Womens Bureau, Bulletin 249, U. S. Department of Labor, Washington 1953. — Die Angaben sind zusammengefaßt in einem Artikel der Internationalen Freigewerkschaftlichen Nachrichten Nr. 1, 1954.

Ministerrang an der Spitze des neugeschaffenen Ministeriums für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt. Zwei Frauen bekleiden Botschafterposten in Bern und in Rom, und weitere 40 Frauen sind in leitende Stellen in Regierungsbehörden, Missionen und Delegationen berufen worden. 5 Frauen gehören dem Bundesgericht an, 150 Frauen den verschiedenen andern Gerichten. Der Kongreß zählt 11 Frauen im Repräsentantenhaus und eine Senatorin. Im allgemeinen zeigen amerikanische Frauen trotz starken politischen Interessen wenig Neigung, sich als Kongreßkandidatinnen aufzustellen zu lassen. In der Bundeszivilverwaltung sind 582 500 Frauen oder rund 25% des gesamten Personals Frauen. — Rund ein Drittel aller amerikanischen Frauen sind Arbeitnehmer. Ihr Anteil an der berufstätigen Bevölkerung steigt ständig an. Auffallend ist dabei der wachsende Anteil der verheirateten Frauen an der Zahl der Beschäftigten und die zunehmende Beschäftigung älterer Frauen. Mehr und mehr haben die Frauen die weniger lohnenden Beschäftigungen aufgegeben und sich Berufen zugewendet, die bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen bieten. Mit 30% weisen die Büroangestellten den größten Anteil von Frauen auf. Dann folgen die Arbeiterinnen, in erster Linie die Fabrikarbeiterinnen. In den technischen und intellektuellen Berufen ist der Anteil der Frauen zurückgegangen, in den Dienstleistungsberufen (Krankendienst, Friseuse, Kellnerin, Fahrstuhlbefüllung) hat es stark zugenommen. — Trotzdem die Löhne und Gehälter der Frauen in vielen Beschäftigungszweigen stark gestiegen sind, beträgt das

Durchschnittseinkommen der Frau nur 1045 Dollar, das des Mannes 3000 Dollar. Das Durchschnittseinkommen der Frauen betrug 1951 weniger als die Hälfte des Einkommens der Männer. Dieser große Unterschied ist z. T. darauf zurückzuführen, daß die meisten Männer das ganze Jahr hindurch arbeiten, während die Beschäftigung der Frau viel häufiger unterbrochen wird. In zahlreichen Fällen ist aber auch die Entlohnung der Frau geringer als diejenige der Männer. Der in der Theorie allgemein anerkannte Grundsatz «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» wird in der Praxis keinesfalls überall verwirklicht. Im Geschäftsleben und in der Industrie sind die Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen nicht so gut wie für Männer, doch bekleiden mehr und mehr Frauen verantwortungsvolle Stellungen, die noch vor kurzem lediglich Männern vorbehalten waren. Was die Möglichkeiten des Hochschulbesuches anbetrifft, können sich die Frauen keineswegs beklagen. Auf den Lehrerakademien gibt es mehr Studentinnen als Studenten. Die Frauen beginnen auch in die freien Berufe einzudringen. 1950 gab es 11 714 Ärztinnen, 6256 Rechtsanwältinnen, 6475 weibliche Ingenieure. Unter den intellektuellen Berufen gibt es am meisten Frauen beim Lehrerstand. Unterschiede in der Entlohnung des Lehrpersonals bestanden 1951 nur noch in 20% der Städte. Heirat ist noch in 59% der Städte ein Hindernis bei der Einstellung der Lehrerinnen. — Für Tausende von Frauen fehlt heute noch ein gesetzlicher Schutz gegen zu lange Arbeitsdauer, zu niedrige Löhne und gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen.